



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Joachim Unterländer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Florian Hölzl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU**

Drs. 17/17487, 17/18679

Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern

1. Der Landtag spricht sich angesichts der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands dafür aus, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen. Die historische Verantwortung der Bundesrepublik verpflichtet uns, jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern nachhaltig zu fördern.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Verhinderung von antisemitischen Einstellungen insbesondere auch im schulischen Bereich ergriffen werden und wie jüdisches Leben und jüdische Kultur in Bayern aktuell gefördert werden.

Im Bericht sind insbesondere die folgenden Handlungsfelder zu beleuchten:

- Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen in der öffentlichen Kommunikation und seine Darstellung/Thematisierung durch die öffentlich-rechtlichen Medien;
- Antisemitische Straftaten;
- Prävention;
- Forschung;
- Politische sowie schulische Bildung, insbesondere Vermittlung der Komplexe „Antisemitismus“ und „Holocaust“, vor allem bei jungen Menschen mit nichtdeutscher Herkunft bzw. Sozialisation;
- Antisemitismus bei Migrantinnen und Migranten;
- Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern;
- Gestaltung der bayerisch-israelischen Beziehungen durch die Staatsregierung.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin